

SWR2 Wissen

Die „Würde“ des Menschen – Mehr als eine schöne Idee?

Von Anat Kalman

Sendung vom: Donnerstag, 7. Oktober 2021, 8.30 Uhr

Redaktion: Ralf Kölbel

Produktion: SWR 2021

In Krisenzeiten wie der Corona-Pandemie stellt sich die Frage nach der Menschenwürde. Bis wohin kann ein Staat Bürger in die Pflicht nehmen? Welche Grenze darf er nicht überschreiten?

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

SWR2 Wissen können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören:
<https://www.swr.de/~podcast/swr2/programm/podcast-swr2-wissen-100.xml>

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...

Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

MANUSKRIFT

Zitator:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Ansage:

Die "Würde" des Menschen – Mehr als eine schöne Idee? Von Anat Kalman.

Sprecherin:

Es sind immer die Krisenzeiten, die die Frage nach der Menschenwürde aufwerfen. Ganz besonders, wenn Massenarbeitslosigkeit, Flüchtlingswellen, Kriege oder Pandemien, wie die jetzige Corona-Pandemie, die Welt erschüttern.

Wer definiert gerade in solchen stürmischen Zeiten, worin die Würde des Menschen besteht? Inwiefern bildet sie in all diesen Situationen und Gefahren die Grundlage für das Recht auf Unantastbarkeit, für das Recht auf Gleichbehandlung und auf Freiheit? Bis wohin kann ein Staat den Bürger in Krisenzeiten in die Pflicht nehmen und welche Grenze darf er dabei nicht überschreiten?

Atmo:

Auszüge aus Nachrichten, Demonstrationen

Sprecherin:

Auf der ganzen Welt suchen Staaten nach Möglichkeiten, die Ausbreitung des Corona-Virus zu begrenzen: Quarantäne, Versammlungsverbote oder Eingriffe in die Privatsphäre. Doch wie weit darf ein Staat gehen, um eine Pandemie einzudämmen? Politiker und Politikerinnen plädieren weltweit für die Einschränkung und Relativierung von Grundrechten, weil die Gesellschaft als Ganzes in Gefahr sei. Doch sie stoßen auf Proteste. Viele mittelständische Unternehmen, Selbständige, Künstler oder Kleinunternehmer befürchten aufgrund möglicher weiterer Einschränkungen oder Lockdowns ihren endgültigen wirtschaftlichen Ruin.

Im Verlauf der Pandemie mussten viele alte Menschen aufgrund strenger Zugangsbeschränkungen oder Besuchsverbotes einsam in Pflegeheimen oder im Hospiz sterben. Studierende, die nicht vollständig gegen Covid-19 geimpft sind, sollen die regelmäßig anfallenden Corona-Tests künftig aus eigener Tasche bezahlen. Menschen ohne Impfnachweis soll der Zugang zu manchen Veranstaltungen abhängig von der Infektionslage teilweise komplett verwehrt werden. In einem großen Freizeitpark in Deutschlands Südwesten mussten „Ungeimpfte“ trotz negativem Schnelltest farbige Armbändchen tragen.

Sind das notwendige Maßnahmen? Gäbe es nicht andere Konzepte und wird hier nicht möglicherweise die Menschenwürde verletzt? Der Wissenschaftsphilosoph Michael Esfeld von der Universität Lausanne:

Zitator:

Die Weichenstellung, vor der wir stehen, ist somit diese: eine offene Gesellschaft, die jeden bedingungslos als Person mit einer unveräußerlichen Würde und Grundrechten anerkennt; oder eine geschlossene Gesellschaft, zu deren sozialem Leben man Zutritt erhält durch ein Zertifikat, dessen Bedingungen bestimmte Experten definieren, wie einst die Philosophen-Könige Platons. Genau wie letztere, (...) haben auch ihre heutigen Nachfahren kein Wissen, das sie in die Position versetzen würde, solche Bedingungen ohne Willkür festzusetzen.

(Michael Esfeld, Die offene Gesellschaft und ihre neuen Feinde, in: European Regie vom 29.4.2021)

Sprecherin:

So schreibt Michael Esfeld, der auch Mitglied des Wissenschaftsrates, der Leopoldina ist, in seinem Aufsatz „Die offene Gesellschaft und ihre neuen Feinde.“ Denn für ihn gibt es eine unveräußerliche Würde des Menschen und ein daraus abgeleitetes unveräußerliches Grundrecht auf Gleichbehandlung, das durch keine Zwangsmaßnahme relativiert und keiner dringlichen Situation angepasst werden darf. Denn, so Esfeld, auch in Krisenzeiten verfüge weder die Politik noch die Forschung noch die Rechtsprechung über ein allumfassendes, absolut bewahrheitetes Wissen. Und darum blieben stark einschränkende Zwangsmaßnahmen notgedrungen willkürlich und verletzen den ersten Artikel unseres Grundgesetzes. Auch Ottfried Höffe, Professor emeritus für Philosophie an der Universität Tübingen, teilt diese Meinung.

O-Ton Ottfried Höffe:

Entscheidend ist jetzt in dieser Situation, ich nenne sie die „Virokratie“, dass ein Virus sozusagen die Macht bekommen hat, aber nur mit Hilfe der staatlichen Instanzen, dass hier Eingriffe in unseren Freiheitsraum stattfinden, von denen ich persönlich finde, dass sie über das menschenrechtlich und grundrechtlich erlaubte Maß hinausgehen. Der Gesundheitsschutz wird in den Vordergrund geschoben, er wird behandelt wie ein Trumpf, der alle anderen Freiheiten aussticht. Faktisch müsste man die Grundfreiheiten gegeneinander abwägen, und ich persönlich halte die Eingriffe, die hier stattfinden von Seiten der Politik für übertrieben, mindestens nicht effizient, umsichtig und freiheitsorientiert genug.

Sprecherin:

Derweil wird die Stimmung in Teilen der europäischen Bevölkerung immer explosiver. Auf Facebook, Telegram und Youtube tobt ein wilder Kampf um Meinungen. Es werden neue soziale Bewegungen gebildet und neue politische Parteien. Wissenschaftliche und pseudowissenschaftliche Artikel werden hin- und hergepostet. Es melden sich sogenannte „Verschwörungstheoretiker“ zu Wort; aber auch ernsthafte Wissenschaftler, wie der Direktor des Robert Koch-Instituts, Lothar Wieler, der die jetzige Strategie zur Bekämpfung der Pandemie begleitet, und andere, die die Impfkampagne und die weiteren Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie eher kritisch sehen. Dabei drehen sich alle Streitgespräche und Debatten letztlich um die eine Frage: Was darf der Staat von mir verlangen, ohne meine Menschenwürde zu verletzen? Alles, was verhältnismäßig ist, meint die deutsche Politologin Ulrike Guérot:

O-Ton Ulrike Guérot:

Natürlich hat der Staat die Aufgabe, das Pandemie-Geschehen zu regulieren. Das ist sogar seine Pflicht. Ich persönlich habe nichts gegen Masken tragen, ich habe auch

nichts gegen Hände waschen, ja. Wogegen ich etwas habe ist, dass wir sozusagen, wenn sie um die eine Mauer noch eine Mauer ziehen und noch eine Mauer ziehen, damit ja nichts passiert. Und so ähnlich habe ich das persönlich bei der Corona-Krise auch empfunden. Ich habe das Gefühl, dass wir kumuliert haben, um nur ja kein Risiko einzugehen, und das würde ich unter der Verhältnismäßigkeit nicht mehr subsumieren wollen. Da finde ich haben wir einzelne Differenzierungen verloren, die man mit gesundem Menschenverstand und mit Eigenverantwortung hätte ausdifferenzieren können.

Sprecherin:

Was aber bedeutet es überhaupt, wenn wir von der Würde des Menschen als von etwas Unveräußerbarem sprechen, wenn wir Freiheiten beanspruchen, die auf ihrer Unantastbarkeit beruhen? Der Weg zu unserem heutigen Verständnis ist weit und sehr verzweigt. Es reicht bis ins Alte Testament zurück. Denn dort schuf Gott den Menschen nach seinem eigenen Bild. So kann man im ersten Buch Moses lesen:

Zitator

Und Gott sprach: Lasset uns Menschen machen, ein Bild, das uns gleich sei, die da herrschen über die Fische im Meer und über die Vögel unter dem Himmel und über das Vieh und über alle Tiere des Feldes und über alles Gewürm, das auf Erden kriecht. (Gen, 1,26f)

Sprecherin:

Der Mensch als ein Bild, das Gott gleicht. Er ist Gott ebenbildlich und hat aufgrund dessen in der Schöpfung eine besondere Stellung inne. Damit kam die Vorstellung von einer menschlichen Würde auf und wurde später vom Christentum übernommen, was die katholische Theologie vor zwei Aufgaben stellte: Nämlich erstens den Begriff des Bildes zu interpretieren, und zweitens zu erklären, wie denn die menschliche Natur ihrem Schöpfer ähnlich sei. Etwa wie ein Abbild seines Urbilds, etwa als Kopie? Auf beide Fragen antwortet im 13. Jahrhundert der wichtigste Lehrer der katholischen Kirche, Thomas von Aquin, der in seinem großen Werk „Die Theologische Summe“ schreibt:

Zitator:

Der Mensch ist selbstredend ein unvollkommenes Ebenbild Gottes und so ein Abbild, das dem göttlichen Urbild nur ähnlich und nicht gleich ist.

(Thomas von Aquin, Die Theologische Summe)

Sprecherin:

Wobei auch schon der römische Redner, Philosoph und Staatsmann Marcus Tullius Cicero, der 43 vor Christus starb, in seinen politischen Schriften „De officiis“ und „De re publica“ von der Menschenwürde – auf Lateinisch „Dignitas“ – sprach und ihr einen gesellschaftlichen und juristischen Charakter verlieh. Die Würde unterscheidet nach Cicero zunächst einmal den Menschen vom Tier. Allerdings ist sie auch Ausdruck einer Standesgesellschaft, die von starren Hierarchien geprägt war, erklärt Jochen Sautermeister, Dekan der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn:

O-Ton Jochen Sautermeister:

Die Vorstellung der Dignitas ist auch damit verbunden, sozusagen aus der antiken Tradition und dann weitergehend auch in der christlichen Tradition, in Verbindung mit der Gott-Ebenbildlichkeit auch dahingehend, dass es eine Form gibt des sich auch „würdig erweisen“. Und das ist ein ganz entscheidender Unterschied und Punkt, nämlich dass die Vorstellung der Dignitas, der Würdigkeit in Verbindung steht mit Vorstellungen von sozialem Rang, mit Ordnungsbezügen, Stellungen innerhalb der Gesellschaft, der Politik und dann weiter in Verbindung mit dem Gedanken der Gott-Ebenbildlichkeit dahingehend, dass es darum geht, sich auch immer mehr als „Gott ebenbildlich“ würdig zu erweisen, man könnte sagen in Praktiken der Selbstformung, in Praktiken der Selbstgestaltung.

Sprecherin:

Menschliche Würde war somit gebunden an sozialen Status, an Rang und Erfolg, andererseits war sie aber auch ein spirituelles Streben mit dem Ziel, sich Gott immer mehr zu nähern und dabei geistig und moralisch zu wachsen. In beidem ist die Würde des Menschen jedoch immer noch Ausdruck einer Beziehung, sie ist noch nicht unantastbar und absolut. Der Ranghöhere besitzt laut Cicero eine größere Würde als der einfache Mensch und im Streben nach Perfektion steht im jüdisch-christlichen Denken der Gebildete über dem Ungebildeten. Somit ist die Würde verlierbar: Man kann sie durch anmaßendes oder ungesittetes Verhalten verlieren, und somit ist sie auch im Bereich der spirituellen Suche abhängig von den Taten, dem Charakter und der Grundattitüde eines jeden Individuums in Verbindung mit der Nützlichkeit für die Gemeinschaft.

Das ändert sich radikal mit dem Philosophen Alexander von Hales, einem englischen Franziskaner und Vertreter der mittelalterlichen Philosophie, der Scholastik. Hales lebte in Paris und unterrichtete dort an der heute noch existierenden Universität Sorbonne, bis zu seinem Tod 1245. Jochen Sautermeister:

O-Ton Jochen Sautermeister:

Mit Beginn von Alexander von Hales die Metaphysik der Person allein in der Freiheit des Menschen gründet. Dass es eine Art Metaphysik in der Freiheit ist. Und weil der Mensch in seiner Freiheit sozusagen moralisch agieren kann, er ist zurechenbar, er ist schuldfähig, allein in dieser Freiheit gründet die Würde. Das heißt, man könnte so sagen: Der Gedanke ab dem 13. Jahrhundert, der sich ausbildet, ist, dass Würde als ein absoluter Begriff verstanden wird, nicht mehr als ein gradueller, ich bin mehr oder weniger in der Angleichung an Gott oder in der Angleichung an ein würdiges Leben, sondern die Würde habe ich, die kann missachtet werden, aber die Würde kommt mir nicht mehr oder weniger zu.

Sprecherin:

Durch Alexander von Hales kommt es zu dem heutigen Verständnis der menschlichen Würde, die in sich bedingungslos und unabhängig von allen äußeren und persönlichen Aktivitäten ist. Die Würde des Menschen ist unverlierbar, sie kann missachtet werden, aber sie ist integraler Teil eines jeden menschlichen Lebens, ganz gleich, was der Einzelne tut, ganz gleich, ob er Verbrecher, König oder Bürger ist.

O-Ton Jochen Sautermeister:

Also im 13. Jahrhundert wird der Begriff der Würde nicht in einer Seinsordnung, in der Naturordnung angesetzt, wie es noch in der antiken Vorstellung von „Dignitas“ der Fall ist, sondern in der Freiheit, in der Metaphysik der Freiheit. Und die ist leitend gewesen bis in die Gegenwart, bis in die Ausformulierung eben der Würde und der Menschenwürde, die auch in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte oder auch im Grundgesetz zugrunde liegt.

Sprecherin:

Erst im Laufe der Revolutionen des 18. Jahrhunderts begann sich der Begriff der Menschenwürde auch politisch zu etablieren. In der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 deklarierten die Verfasser zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte die unveräußerlichen Rechte eines jeden Menschen. Dazu zählen: das Recht auf Leben, auf Freiheit und auf das persönliche Streben nach Glück. Im Zuge der 1789 in Frankreich erklärten Bürger- und Menschenrechte wurden die Freiheit, die Gleichheit aller Menschen und die Brüderlichkeit hervorgehoben. Die Menschenwürde selbst wurde nicht erwähnt, aber sie lag diesen Vorstellungen zugrunde. Bereits 1785 hatte der große deutsche Philosoph Immanuel Kant in seinem Werk „Grundlegung zur Metaphysik der Sitten“ den Würdebegriff so beschrieben:

Zitator:

Die Menschheit selbst ist eine Würde; denn der Mensch kann von keinem Menschen bloß als Mittel, sondern muss jederzeit zugleich als Zweck gebraucht werden.
(Immanuel Kant, Grundlegung zur Metaphysik der Sitten)

Sprecherin:

Und es war Kant, der die Menschenwürde zum ersten Mal an ein Rechtssystem anbindet. Jeder Mensch hat eine Würde. Menschenwürde bedeutet seither, dass jeder Mensch wertvoll ist, weil er ein Mensch ist. Otfried Höffe:

O-Ton Otfried Höffe:

Für Kant ist der Würde etwas, was er in der historischen Ethik vorfindet. Und er gibt diesem Begriff einen neuen Rang und einen neuen methodischen Status. Er hält das nicht für eine reine Erfindung. Er bindet aber diesen Gedanken an seinen Gedanken der Autonomie des Willens, also an seine Moral- und Rechtsphilosophie.

Sprecherin:

Doch erst 1948 fand der Begriff „Würde“ Eingang in die UN-Menschenrechtscharta und ein Jahr später auch in das Grundgesetz der jungen Bundesrepublik. Ralf Stöcker, Professor für praktische Philosophie an der Universität Bielefeld erklärt, weshalb so spät und weshalb erst nach dem Zweiten Weltkrieg:

O-Ton Ralf Stöcker:

Das ist auch ein wichtiger Bestandteil der Entstehung des Menschenwürdebegriffs, weil Menschenwürde, so wie wir den Begriff heute verwenden und so wie er am Anfang des Grundgesetzes steht, ist nicht ein Produkt von, sagen wir mal, der Erfahrung von Würdigkeit, von großen, mächtigen Würdenträgern, sondern es ist die Erfahrung von dem totalen Ausgesetztsein, dem totalen Erniedrigtsein, dem Hilflossein, dem viele Millionen Menschen in der Mitte des 20. Jahrhunderts, vor allen

Dingen unter nationalsozialistischer Herrschaft, aber dann auch im Stalinismus und in anderen Ecken der Welt halt ausgesetzt waren.

Sprecherin:

Und diese deutsche Vergangenheit verleiht unserer Vorstellung von Würde nochmal einen ganzen besonderen moralischen Wert. Jochen Sautermeister:

O-Ton Jochen Sautermeister:

In diesem Sinne könnte man sagen, ist die Würde die moralisch rechtliche Bedingung und Grundlage dafür, dass Menschen Rechte auf Menschenrechte haben oder dass sie ein Recht haben auf menschenwürdige Lebensbedingungen und dass darauf geachtet werden muss, dass das soziale Zusammenleben auch so gestaltet wird, dass allen Menschen diese Möglichkeit zukommt.

Sprecherin:

Was für viele Bereiche gilt. Etwa in der Bioethik in Bezug auf die Abtreibungs- und Sterbehilfedebatten, der Kritik an den Zuständen der psychiatrischen Versorgung, in Bezug auf Obdachlosigkeit oder in Bezug auf die Integration von Geflüchteten. Bei all diesen Dingen geht es um das heute als global verstandene Recht eines Jeden auf menschenwürdige Lebensbedingungen. Wobei es nicht immer einfach ist, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen und unter dem Begriff „Menschenwürde“ das Gleiche zu verstehen, erklärt Jochen Sautermeister am Beispiel der Abtreibungs- und Sterbehilfedebatte.

O-Ton Jochen Sautermeister:

Dass man hier sagen kann, der Würdebegriff scheint mir als Würdebegriff insofern zu schwach zu sein, als wir faktisch beobachten können, dass gerade bei Fragen der Euthanasie oder der Abtreibung sowohl Befürworter als auch Gegner diesen Würdebegriff in Anspruch nehmen. Also die faktische Inanspruchnahme des Würdebegriffs zeigt, dass zu argumentieren – das ist gegen die Würde oder das ist nicht menschenwürdig oder verstößt grundsätzlich gegen die Würde – schon nicht hinreichend ist, um in Argumentationen sozusagen zu einer eindeutigen Position zu kommen.

Sprecherin:

So sprechen etwa die Befürworter der Sterbehilfe ebenso wie deren Gegner. Für die Befürworter der Sterbehilfe gilt: Dem Menschen einen würdigen Tod zu ermöglichen, indem man seinen Leidensprozess verkürzt. Für die Gegner der Sterbehilfe liegt die Menschenwürde darin, dass die Leidenden zwar palliative Hilfe erfahren, nicht aber aktiv getötet werden dürfen, da jedwedes Leben unantastbar bleiben muss, denn sonst bestehe das Risiko eines Missbrauchs vonseiten Dritter. Zudem hat sich in der heutigen Zeit der Würdebegriff erweitert. Er gilt in keiner Weise mehr nur für Menschen, die ein sogenanntes „normales“ Leben führen. Ralf Stöcker.

O-Ton Ralf Stöcker:

Was bedeutet das beispielsweise für Menschen, die mit kognitiven Beeinträchtigungen leben, die am Ende ihres Lebens teilweise ihre kognitiven Fähigkeiten einbüßen, die noch kleine Kinder sind? Das alles sind Gruppen, die – und das hat die Entwicklung des letzten Jahrhunderts gezeigt, das alles sind

Gruppen, bei denen es ganz fatal wäre, zu sagen, dass sie irgendwie weniger Menschenwürde haben als wir.

Sprecher:

Das Verständnis von Würde geht sogar so weit, dass es heute die Natur mit einbezieht und so dem Würdebegriff eine andere Dimension verleiht. Jochen Sautermeister:

O-Ton Jochen Sautermeister:

Würde wird in dem Sinne nicht mehr an eine Metaphysik der Freiheit gebunden, sondern Würde im Sinne von einem Eigenwert, der eine Instrumentalisierungs- oder Ausbeutungsverbot beinhaltet. Und in der Hinsicht, kann man durchaus sagen, findet sich eine Relativierung des Gedankens der Würde im Sinne eines grundlegenden moralischen Begriffs statt.

Sprecherin:

Wobei die Würde der Natur und der Tiere trotz allem noch eine andere sei als die des Menschen, meint Ottfried Höffe.

O-Ton Ottfried Höffe:

Eine Würde, in dem Sinne, in dem wir von der Menschenwürde sprechen, nämlich etwas Unantastbares, das gegen Anderes nicht ausgehandelt werden kann, das unverletzlich ist, das kommt nur den Menschen zu, und zwar deshalb, weil er ein sprach- und vernunftbegabtes Lebewesen ist. Zur Verantwortung als sprach- und vernunftbegabtes Lebewesen gehört natürlich auch ein Blick auf die Natur, sowohl auf die Tierwelt als auch auf die Pflanzenwelt und dann auch die allgemeine, davon unabhängige Natur, also auch auf die Umwelt und auf die Atmosphäre. Da hat der Mensch die Aufgabe, darauf eine gewisse Rücksicht zu nehmen, aber es ist falsch zu glauben, und ich halte es für eine falsche Ideologie, dass auch Pflanzen oder Tiere eine Würde haben in dem Sinne, wie sie Menschen haben. Die Menschen können gegenseitig von sich Dinge fordern, sie können Pflichten sich auferlegen und die Pflichten erfüllen und sich bei Verletzungen dafür bestrafen, sie können auch im Rechtsbereich miteinander Verträge abschließen, gemeinsame Unternehmungen, nicht nur wirtschaftliche, sondern auch kulturelle Unternehmungen auf den Weg bringen. Das ist mit Tieren nicht möglich.

Sprecherin:

Die Menschenwürde bleibt also eine zentrale Idee für alle Debatten um Menschenrechte, um politische Einschränkungen und um unsere Grundfreiheit. Sie ist mehr als nur eine schöne Idee, sie ist mit den Grundrechten von Selbstbestimmung, Unversehrtheit und Freiheit fest verbunden, so Ottfried Höffe:

O-Ton Ottfried Höffe:

Primär ist die Menschenwürde ein Leitgedanke, so etwas wie ein Metaprinzip. Mit Hilfe dieses Metaprinzips kann man dann Menschenrechte und Grundfreiheiten rechtfertigen, und die normale Debatte sollte von diesen Grund- und Menschenrechten ausgehen, die sich auf sie beziehen, die wir ja in den entsprechenden Verfassungen, zum Beispiel im Grundgesetz in Deutschland oder auch in internationalen Verabredungen, vorfinden.

Sprecherin:

Diese unantastbare menschliche Würde, die dem Menschen im Laufe der Verfassungsgeschichte ein Recht auf Streben nach persönlichem Glück, auf körperliche Unversehrtheit und eine Grundfreiheit einräumt, bekam als Reaktion auf den Machtmissbrauch der deutschen Nationalsozialisten noch eine zusätzliche Garantie: Im Nürnberger Kodex von 1947 wird dem Menschen garantiert, nie wieder ohne persönliche Einwilligung für medizinische Experimente eingesetzt zu werden.

Doch hat die Politik in der Bewältigung der Krise da immer verhältnismäßig gehandelt? In ganz Europa gehen Menschen auf die Straße und äußern ihre Proteste, zum Teil mit Gewalt. Worin fühlen sie sich verletzt? Viele der Demonstrierenden sind keine Rechtsextremen. Für Ralf Stöcker ist das ein Ausdruck von Sicherheitsverlust.

O-Ton Ralf Stöcker:

Diese Sicherheit und Kontrolle, die wir eigentlich in Deutschland in den letzten Jahrzehnten hatten, die ist plötzlich verunsichert worden. Wir haben plötzlich diesen, sozusagen den Einbruch des Schicksals, den andere Generationen und Menschen in anderen Bereichen der Welt, viel stärker und selbstverständlicher kennen. Und dann ist ganz viel plötzlich anders geworden. Wir sind super reich, also wir haben alles, was wir haben wollen, zumindest viele von uns, und diese Selbstverständlichkeit, in der wir die ganze Zeit gelebt haben, die ist durch Corona vielleicht nicht unmittelbar erschüttert worden, aber sie ist uns plötzlich bewusst geworden, weil sie wackelig wurde.

Sprecherin:

2020 war ein Jahr der allgemeinen Solidarität gewesen. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger stand hinter den Schutzmaßnahmen der Regierungen. Restaurants und Geschäfte regulierten die Personenzahl, investierten in die Sicherheit und ließen beispielsweise Plexiglas-Wände einbauen. Und haben es dann auch zunächst akzeptiert, als sie schließen mussten. Viele von ihnen gehören inzwischen zu den Protestierenden, sie gehen vor Gericht und sprechen von Angst und Ruin. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlten sich im Jahr 2021 von der Politik nicht mehr verstanden.

#Werden die Bedürfnisse der Menschen beim Beschluss einschränkender Maßnahmen wirklich berücksichtigt? Werden andere Meinungen zu den Maßnahmen wirklich offen diskutiert? Nein, meint die Politologin Ulrike Guérot, ganz im Gegenteil. Andersdenkende werden als „Querdenker“ oder „Aluhüte“ diffamiert:

O-Ton Ulrike Guérot:

Ich hab mich tatsächlich schon vor einem Jahr sehr gewundert, als dieser Begriff des Querdenkens so denunziert wurde, weil querdenken, kritisch denken oder überhaupt nachdenken ist ja mal die Basis jeder Demokratie. Wenn man nicht kritisch denken darf, wenn man nicht Zahlen hinterfragen darf und wenn man nicht querdenken darf, nach dem Motto: das sind vielleicht die Zahlen aber als politisches System möchten wir vielleicht andere Antworten geben, ja, dann hat die Demokratie ein Problem, und sie hat ja auch ein Problem, so hatten wir das ja auch diskutiert. Und alle, die in der Gegenöffentlichkeit waren, wurden dann als Querdenker oder Verschwörungstheoretiker denunziert. Und dabei hat, glaube ich, Folgendes

stattgefunden, nämlich, dass man zwischen Sprecher und Argument nicht mehr getrennt hat. Das heißt, in dem Moment, wo die Gegenöffentlichkeit denunziert werden konnte als Verschwörer, Querdenker, Aluhüte, musste man die Argumente nicht mehr ernst nehmen.

Sprecherin:

Je länger die Covid-Krise dauert, desto mehr Fragen stellen sich. Etwa: Ist es gerechtfertigt, in die Privatsphäre von Bürgerinnen und Bürgern einzugreifen und z.B. Kindergeburtsstage mit Polizeiaufgebot aufzulösen? War es legitim, Sterbenden in Pflegeheimen den Kontakt zu ihren Nächsten zu verbieten? Sind soziale Nachteile für „Ungeimpfte“ rechtmäßig? Kann es auf so existenziell wichtige Fragen immer nur „eine“ für alle gültige Antwort geben? Ulrike Guérot:

O-Ton Ulrike Guérot:

Grundsätzlich ist tatsächlich ein großes Problem, dass wir uns hier geeinigt haben, dass wir evidenzbasierte Politik machen. Weil der Begriff der evidenzbasierten Politik ist natürlich höchst problematisch, denn es gibt immer eine Wahrheit und verschiedene Blickwinkel auf diese Wahrheit. Das heißt, die eine Evidenz gibt es sowieso nicht. Und deswegen ist das, was Statistiken sagen, und Statistiken können sehr gut sein, trotzdem ist keine Statistik eins zu eins eine normative Handlungsanleitung für die Politik. Weil wenn drei Augen auf die gleiche Statistik gucken, interpretieren drei Leute diese Statistik anders, das heißt, wir haben immer eine Objekt-Subjekt-Beziehung und deswegen gibt es keine evidenzbasierte Politik. Es gibt eben auch keine evidenzbasierte Statistik. Dann gibt es die Kontextualisierung der Statistik, was heißt, diese Statistik im Vergleich zu anderen Statistiken. Und dann macht die Politik eine normative Entscheidung unter Betrachtung aller Zusammenhänge.

Aber zu sagen: Das ist die Statistik und weil es die Zahl von sowieso gibt, darum machen wir jetzt das. Also dieser Kausalzusammenhang von einer Statistik ist eine normative Ordnung, den gibt es natürlich nicht. Und das war das Verheerende an dieser Krise, um nicht zu sagen, das war ein Missbrauch des Wissenschaftsbegriffes.

Sprecherin:

Doch gerade aufgrund dieser vielen neuen Fragen und aufeinanderprallender Konflikte bietet sich zum ersten Mal in der europäischen Geschichte die Möglichkeit, in dieser Krise bewusst im Sinne der Würde des Menschen zu handeln. Das meint auch der Bielefelder Professor für praktische Philosophie Ralf Stöcker, wenn er in seinem Aufsatz „Worin liegen die Menschenrechtsverletzungen“ schreibt:

Zitator:

Situationen und Handlungsweisen, die in den Verdacht geraten, die Menschenwürde zu verletzen, können ganz unterschiedlich aussehen. Die Masterfrage lautet nun, wie man auf diese Vielfalt moralphilosophisch reagieren sollte.

(Ralf Stöcker, Worin liegen die Menschenrechtsverletzungen, S.103, Teil III und S.)

Sprecherin:

Und er fordert dazu auf, sich ganz neu mit dem Begriff der Menschenwürde im Kontext der aktuellen Krise auseinanderzusetzen.

O-Ton Ralf Stöcker:

Es ist eine spannende Frage zu fragen: Was bedeutet es eigentlich für mich selbst, für mein Leben und mein Verständnis von auch dem, was mich ausmacht, dass ich eben ein vernünftiger Mensch bin oder ein Mensch, der sich über alles Gedanken machen kann. Das hat Corona mit sich gebracht und das hat viel, insofern viel mit Menschenwürde zu tun, als auch die Menschenwürde das Produkt dessen ist, dass wir uns fragen, was sind wir Menschen eigentlich und wie stehen wir zueinander, wie sollten wir miteinander umgehen?

Abspann:

SWR2 Wissen

Sprecher:

Die „Würde“ des Menschen – Mehr als eine schöne Idee? Von Anat Kalman,
Redaktion: Ralf Kölbl.

Abbinder
